

Özkan fordert Rückkehr zur Sachlichkeit in der aktuellen Integrationsdebatte

Niedersachsens Sozialministerin überzeugt mit Charme und klaren Worten beim Parlamentarischen Abend der MIT

Von Sarah Essing

Lübberstedt. Sichtlich groß war die Freude beim Vorstandsvorsitzenden des Kreisverbands Harburg-Land der Mittelstands- und Wirtschaftsvereingung der CDU (MIT), Wilfried Uhlmann, dass er zum diesjährigen Parlamentarischen Abend Niedersachsens Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration auf dem Schüttenhof in Lübberstedt begrüßen konnte. Schließlich ist sie nicht nur Mitglied der MIT, sondern sprach auch zu einem brandaktuellen Thema. Aygül Özkan, Deutschlands erster Ministerin mit türkischen Wurzeln, informierte die zahlreich anwesenden Vertreter aus Politik und Wirtschaft über Integration in Niedersachsen.

Natürlich ließ sich bei diesem Thema ein Name nicht vermeiden, und Özkan versuchte es auch erst gar nicht. „Die Zahlen in Sarrazins Buch sind nicht neu“, sagte sie. „Menschen, die sich mit Integration beschäftigen, kennen sie seit längerem. Aber in ihrer Geballtheit können sie sehr erschreckend sein.“ Dieser Schrecken sei jedoch nicht hilfreich, so die Ministerin, die angesichts ihrer eigenen Biografie und der vieler, eben-



Wilfried Uhlmann freute sich über den bekannten Gast aus Hannover. Niedersachsens Sozialministerin Aygül Özkan überzeugte vor den Mitgliedern der MIT mit klaren Aussagen und Forderungen zum Thema Integration.

Foto: se

falls hochqualifizierter Deutscher mit Migrationshintergrund ein gewisses Unbehagen angesichts der Emotionalität, mit der diese Debatte geführt wird, nicht verhehlen konnte. Sie forderte eine Rückkehr zur Sachlichkeit. Herausforderungen seien konkret zu benennen, Dann müsse man handeln. Dabei sei es jedoch wichtig, nicht

nur an den Symptomen, sondern auch an den Ursachen zu arbeiten.

Diese Ursachen lägen aber nicht allein in den Händen der Zugewanderten, machte sie den Anwesenden am Beispiel ihrer eigenen Familie deutlich. Der Schlüssel zum Erfolg sei die deutsche Sprache. Und ein Problem sei der nicht vorhandene

Integrationswille durch das Nicht-Erlernen der Sprache. Heute sei das Erlernen der deutschen Sprache eine Bringschuld. Das sei durch Versäumnisse der Politiker aller Parteien in den vergangenen Jahrzehnten aber nicht immer so gewesen. „Als meine Eltern 1960 nach Deutschland kamen, fragte kein Mensch danach, ob sie

Deutsch sprechen. Da zählte allein die Arbeitskraft.“ Sie habe Glück gehabt, dass ihr Vater die Notwendigkeit der Sprache erkannt habe. Das sei aber nicht bei jedem so gewesen.

Erst seit 2005 seien die Kriterien für die Integration festgelegt. Dazu zähle auch der Nachweis von Sprachkenntnissen. „Es geht um diejenigen, die schon hier sind“, machte sie deutlich. „Die dritte, vierte oder auch schon fünfte Generation, bei deren Eltern Fehler gemacht wurden.“ Integrationsarbeit heute sei daher in vielen Fällen eine Nachholarbeit, eine Wiedergutmachung der Fehler, die vor Jahrzehnten gemacht worden seien.

Als Beispiel nannte die Ministerin die Sprachstandserhebungen, bei deren Einführung in Niedersachsen 2003 noch ein Aufschrei der Empörung zu hören gewesen sei. Inzwischen machten sich langsam Erfolge bemerkbar. Sie sehe Niedersachsen daher auf dem richtigen Weg. Pläne zur stärkeren Begleitung von Jugendlichen wie zum Beispiel durch die Betreuung in Ganztagschulen und die Verkleinerung von Klassen an Brennpunkten seien der nächste Schritt. Ebenso eine Stärkung von freiwilligen Integrationshelfern, die Migranten zur Seite stehen. Sie können

Migranten zum Beispiel das deutsche Vereinswesen näher bringen, indem sie die Kinder und Jugendlichen einfach mal mitnehmen, appellierte sie an die Anwesenden. „So etwas wie Freiwillige Feuerwehren gibt es in der Türkei nicht“, machte sie deutlich. „Türkischen Kindern eröffnen sich völlig neue Welten, das erleichtert es ihnen, sich in der Gesellschaft einzufinden und dann auch Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen.“

Auch in Sachen Integration am Arbeitsplatz seien die Anwesenden gefragt, nicht nur aus sozialen, sondern vor allem aus ökonomischen Gründen. Deutschland brauche Zuwanderer, um den Bedarf an qualifizierten Fachkräften decken zu können. Ausländische Jugendliche müssen daher eine Chance bekommen. Diskriminierung am Arbeitsplatz komme vor, so die Ministerin. „Mehrsprachigkeit kann aber auch von Vorteil sein, zum Beispiel zur Eröffnung neuer Märkte“, machte sie deutlich und appellierte an die Unternehmer, nicht nur das Negative zu sehen. „Wir Deutschen neigen häufig zu einer Defizitaltät“, so Aygül Özkan. Es sei daher wichtig, dass keine Ängste geschürt würden, sondern das Thema sachlich angegangen wird.